

Stadt Hagenow
Büro der Stadtvertretung

NIEDERSCHRIFT

über die 12. Sitzung der Stadtvertretung Hagenow am
15. Dezember 2005

Sitzungsort : Rathausaal der Stadt Hagenow
Sitzungsbeginn: 18.00 Uhr

Anwesende: **25 Stadtvertreter**

Herr Speßhardt, Herr Antonioli, F., Herr Kluth, Frau Tamm, Herr Meyer, Herr Petters, Herr Strauß, S., Herr Antonioli, J., Herr Schlüter;

Herr Helms, Herr Dr. Buchholz, Frau Hase, Frau Dr. Weber, Frau Schulz, Herr Schiffner, Herr Möller, Herr Wolf;

Frau Měšť'an, Frau Kryzak, Herr Opitz, Frau Sühr, Herr Wrankmore, Frau Bahr, Frau Dr. Meier;

Herr Reuter.

Entschuldigt: /
Unentschuldigt: /

Teilnehmer der Stadtverwaltung:

Bürgermeisterin Frau Schwarz, Amtsleiter Herr Hofmann, Amtsleiter Herr Hochgesandt, Frau Heimke, Amtsleiter Herr Lidzba, Amtsleiter Herr Näth, Wirtschaftsförderer Herr Becken, Frau Heincke, Gleichstellungsbeauftragte Frau Schweda.

Ortsteilvertreter: Herr Fischer, Herr Dr. Borchert, Frau Haase – Hagen, Herr Bürger, Herr Kienapfel, Frau Opitz

Geladene Gäste: Vertreter des Panzergrenadierbataillons 401 Hagenow

- Pressevertreter SVZ
- Einwohner

TAGESORDNUNG:

- a) Begrüßung durch den Stadtvertretervorsteher
- b) Einwohnerfragestunde
- c) Feststellung der Beschlussfähigkeit: Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der
Sitzung; Feststellung der Anwesenheit
- d) Information über gefasste Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der vorangegangenen Sitzung
- e) Änderungsanträge zur Tagesordnung
- f) Bericht der Bürgermeisterin über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- g) Anfragen der Stadtvertreter und Ortsteilvertreter aus aktuellem Anlass
- h) Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung der Stadtvertretung
- i) Abwicklung der Tagesordnungspunkte
 1. Verlegung des Standortes der Regionalen Schule „ Prof. Dr. Friedrich Heincke“ vom Prahmer Berg 20 in die Möllner Straße 12
 2. Bestätigung der Haushaltsrechnung 2004
 3. Entlastung der Bürgermeisterin nach § 61 der Kommunalverfassung M – V (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.06.2004 (GVOBl. M – V S. 205 ff)
 4. Ablehnungsbeschluss zum Braunkohleabbau im Aufsuchungsfeld Lübtheen
 5. Änderung der Öffnungszeiten der Stadtverwaltung Hagenow
 6. Antrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter, FDP
Personalstruktur der Stadtverwaltung Hagenow
 7. Antrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter, FDP
Überarbeitung Gebührenordnungen der Stadt Hagenow
 8. Antrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter, FDP
Konzeptionelle Nutzung des Museums der Stadt Hagenow
 9. Antrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter, FDP
Stadtbibliothek Hagenow
 10. Antrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter, FDP
Gebührenordnung für die Sportstätten der Stadt Hagenow
- j) Schließung des öffentlichen Teils
- k) Abhandlung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils
 - TOP 11 Information der Bürgermeisterin über den Fortgang von Grundstücksverhandlungen
 - TOP 12 – 18 Auftragsvergaben
 - TOP 19 Grundstücksangelegenheit
- l) Schließung der Sitzung

a) Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt begrüßt die Damen und Herren Stadtvertreter, die Ortsteilvertreter, die Bürgermeisterin, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter des Panzergrenadierbataillons 401, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreterin der Presse.

b) Einwohnerfragestunde

Herr Thomas Heise, Bürgerinitiative „Pro Bekow“

Ziel der sich am 08.12.2005 formierten Bürgerinitiative sei es, die Bekow für die Hagenower Bürger, deren Kinder und die Gäste der Stadt als Naherholungsgebiet zu erhalten. Ziel sei es nicht, gegen die geplante Umgehungsstraße aufzutreten oder die Bürger der Stadt in zwei Lager, Gegner und Befürworter einer geplanten Umgehungsstraße zu spalten.

Herr Thomas Heise fragt an: „Wie werden die Hagenower Stadtvertreter gemeinsam und fraktionsübergreifend, fern von allen parteipolitischen Zielen, ihre Kraft dafür einsetzen, die Bekow für die Hagenower Bürger, deren Kinder und Gäste der Stadt als Naherholungsgebiet zu erhalten? Wann werden die Stadtvertreter die vom Straßenbauamt Schwerin vorgeschlagene Trassenführung für die Hagenower Ortsumgehung durch das jetzige Naherholungsgebiet Bekow zum Thema einer Sondersitzung machen, um die Kommune als Träger öffentlicher Belange zu beauftragen, auf die Planung der Trassenführung dahingehend Einfluss zu nehmen, dass das Naherholungsgebiet Bekow für die Hagenower Bürger, für deren Kinder und für die Gäste der Stadt erhalten wird? Wann werden Sie uns diese Fragen beantworten können?“

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt signalisiert die Gesprächsbereitschaft aller Fraktionen, sieht jedoch vorerst keinen Bedarf für eine Sondersitzung, da die Stellungnahme zur Variante 5 vom Straßenbauamt Schwerin noch aussteht.

Herr Dr. Buchholz erachtet es für notwendig, diese Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr zu nehmen, so dass die Bauausschussmitglieder umfassend über den Werdegang dieser Maßnahme informiert werden.

Herr Schlüter, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, macht deutlich, dass sich der Bauausschuss jederzeit mit allen Problemen, die die Bürger der Stadt Hagenow haben, befassen wird. Mehrere Bürger, die nicht dieser Interessengemeinschaft angehören, hätten sich mit ihm in Verbindung gesetzt und Varianten vorgebracht, mit völlig anderen Argumenten. Der Fachausschuss habe die Aufgabe, für die Interessen der Bürger der Stadt Hagenow einzutreten. Seit 15 Jahren habe sich die Stadtvertretung regelmäßig mit dieser Trasse beschäftigt. Diese sei im Verkehrskonzept der Stadt (1992), im Flächennutzungsplan, in der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes und in verschiedenen Rahmenplänen enthalten. Die innerstädtischen Belastungen seien bekannt, die Stadt Hagenow brauche eine Umgehungsstraße. Ein Planverfahren werde eingeleitet.

Herr Schlüter bittet darum, hier etwas emotionsloser und sachlicher vorzugehen. Als Stadtvertreter habe man auch die Aufgabe, die Verkehrsprobleme der Stadt Hagenow zu lösen.

Frau Kryzak teilt mit, dass man sich in der Fraktion über die Notwendigkeit einer Ortsumgehung für Hagenow einig sei. Die Variante 5 solle schnellstens geprüft werden.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

c) Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt stellt die Beschlussfähigkeit fest.
Die Sitzung wurde ordnungsgemäß einberufen. Von 25 Stadtvertretern sind 25 Stadtvertreter anwesend.

d) Herr Speßhardt informiert über die gefassten Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der vorangegangenen Sitzung vom 27.10. 2005.

e) Änderungsanträge zur Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

f) Bericht der Bürgermeisterin über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Sehr geehrter Herr Stadtvertretervorsteher !

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtvertreter und Ortsteilvertreter ! Werte Gäste !

Ich begrüße Sie recht herzlich zur heutigen Sitzung der Stadtvertretung.

Zunächst möchte ich über die Beschlüsse des Hauptausschusses berichten, die nicht mehr von der Stadtvertretung beraten und beschlossen werden müssen.

Folgende Beschlüsse wurden in der Hauptausschusssitzung am 28.11.2005 gefasst:

- Die Auftragserteilung für das Nachtragsangebot zur DIN- gerechten Ausleuchtung der Gehwegbeleuchtung der Baumaßnahme „ Ausbau Heideweg in Hagenow Heide;
- eine außerplanmäßige Ausgabe für den Erwerb eines Gras - und Laubsaugers sowie für den Erwerb eines Dienstfahrzeuges für den städtischen Bauhof;
- die Auftragserteilung für die Sanierung des ehemaligen Synagogenensembles in Hagenow, Hagenstraße 48, Teilobjekt Wagenschauer, Los 5 – Tischlerarbeiten, Los 7 – Elektroinstallationsarbeiten und Los 8 – Heizungs- und Sanitärarbeiten;
- die Auftragsvergabe für die Reinigung der Straßeneinläufe in der Stadt Hagenow und den Ortsteilen sowie für die Reinigung der zwei öffentlichen WC – Anlagen;
- die Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen;
- eine außerplanmäßigen Ausgabe für Zinszahlungen an die Stadtwerke Hagenow GmbH;
- einen Beschluss zur Senkung der Personalkosten durch Ausscheiden von Beschäftigten mit Beginn des 61. Lebensjahres;
- den Erlass der Kosten für die Erstellung eines Verkehrswertgutachtens des ehemaligen Kreiskulturhauses in Hagenow;
- den Verkauf eines Grundstückes und Grundstücksteilflächen in der Gemarkung Hagenow

und

- die Auftragsvergabe für den Ausbau der Bahnhofstraße in der Stadt Hagenow, 2. Bauabschnitt – Straßenbau – gemäß § 35 (2) der Kommunalverfassung Mecklenburg – Vorpommern.

Alle anderen, dem Hauptausschuss zur Beratung und Beschlussfassung eingereichten Vorlagen liegen heute auch der Stadtvertretung zur Entscheidung vor.

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste !
Nun zu wichtigen Angelegenheiten der Stadt:

1. Nachtragshaushaltsplan 2005 / Haushalt 2006

Mit Schreiben vom 23.11.2005 erteilte die Rechtsaufsichtsbehörde die Genehmigung zum 1. Nachtragshaushalt 2005 mit Hinweisen.

Die dort ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen, hier insbesondere für den Bau der Bahnhofstraße, wurden im Gesamtumfang von 823.000,00 Euro bestätigt. Eine Kopie wurde jeweils den Fraktionsvorsitzenden und dem Stadtvertretervorsteher zur Kenntnisnahme übergeben.

Weitaus mehr beschäftigt uns derzeit der Haushaltsetat für 2006.

Insbesondere das Kämmereiamt ist mit der Erstellung des Zahlenwerkes befasst. Zurzeit werden die Anlagen zum Haushalt erstellt.

Die Haushaltslage ist schwierig, da die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich um fast 1,1 Mio. Euro gegenüber 2005 zurückgehen. Hinzu kommen weitere Belastungen aus der Kreisumlage.

Schon bei der Beibehaltung des jetzigen Umlagesatzes müssen wir 263.000,00 Euro mehr als im Vorjahr bezahlen. Die Entwicklung war teilweise vorhersehbar und wurde auch in der Finanzplanung prognostiziert, deshalb sind Rücklagenbestände angespart worden. Diese werden 2006 in vollem Umfang in den Haushalt einfließen, um der Fehlbetragsentwicklung entgegen zu wirken. Des Weiteren müssen die Einnahmemöglichkeiten in stärkerem Umfang für den Haushalt genutzt werden. Auch bei den Ausgaben hat und wird es weitere Kürzungen geben müssen. Der nach jetzigem Stand noch ausgeglichene Haushalt soll den Gremien im Januar zur Beratung zu gehen.

Infolge der Ist - Einnahmeentwicklung in 2005 bei der Gewerbesteuer macht sich die Vorankündigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die lt. Gemeindefinanzreformgesetz zu zahlende Gewerbesteuerumlage erforderlich. Zurzeit ist ein Umlagesatz von 44 festgesetzt. Die Umlage ist an den Bund und das Land zu zahlen. Die überplanmäßige Ausgabe beträgt rund 32.000,00 Euro. Die Nachgenehmigung wird im Zuge der Jahresabschlussarbeiten im Januar eingeholt.

Gummi Bear Factory Süßwaren GmbH & Co. KG, Betrieb Hagenow

Am vergangenen Samstag, dem 10.12.2005, fand gegen 13.00 Uhr der Spatenstich für den Bau eines neuen Hochregallagers im Hagenower Betrieb der Gummi Bear Factory statt.

Die Mederer Gruppe, bekannt unter der Marke „Trolli“, investiert 17 Mio. EUR in den Standort Hagenow. 50 zusätzliche Arbeitsplätze sollen geschaffen werden. Mit der Inbetriebnahme des neuen Hochregallagers wird im August 2006 gerechnet. Neben dem Hochregallager sollen auch neue Produktionslinien eingebaut werden.

Erschließung B-Plan 25

2. Bauabschnitt – Parkplatz

Mit der Baumaßnahme wurde Mitte November dieses Jahres begonnen.

Derzeit erfolgt die Baufeldfreimachung und die Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen. Geplantes Bauende ist für Mai 2006 avisiert.

Zuwendungsbescheid für Renaturierung Sölle

Am 28.11.2005 ist vom Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Schwerin ein Zuwendungsbescheid in Höhe von 22.430,40 € für die Renaturierung von drei Söllen in den Gemarkungen Scharbow und Zapel eingegangen.

Anti – Gewalt – Woche

Vom 21.11. bis zum 25.11.2005 fand in Hagenow die Anti – Gewalt – Woche, unter Federführung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Hagenow, Frau Schweda und dem Team des ASB – Freizeithauses statt. Bei den ansprechenden Veranstaltungen, die in Form von sechs verschiedenen Workshops durchgeführt wurden, konnten junge Leute Wissenswertes und Interessantes über fremde Völker und Kulturen kennen lernen. So zum Beispiel etwas über die asiatische Kultur, über afrikanische Tänze und das Leben der Indianer in Nordamerika. Betrachtete man die zahlreichen Angebote, so konnte man feststellen, dass die Fördermittel, die auch vom Landeskriminalitätspräventionsrat zur Verfügung gestellt wurden, gut angelegt waren.

Auch die anderen Veranstaltungen, wie beispielsweise zum Thema „ Was ist Zivilcourage“ , „ Jugend – Drogen = Gewalt“, „ Männer gegen Männergewalt“ und zum Thema „ Kinder haben ein Recht auf ein Leben ohne Gewalt“, verliefen sehr erfolgreich.

Integrative Projekte

Seit November dieses Jahres sind in der Stadt Hagenow zwei integrative Projekte angelaufen. Das Projekt „ Auch Oxana will arbeiten“, angesiedelt beim Aussiedlerübergangwohnheim der Arbeiterwohlfahrt in Jessenitz – Werk, ist ein Angebot für Aussiedlerfrauen, die mit ihren Familien hier ein neues Zuhause gefunden haben. Die Chancengleichheit und die Verbesserung der sozialen, gesellschaftlichen und beruflichen Möglichkeiten von Spätaussiedlerinnen, die nach Deutschland gekommen sind, sind wichtige Aspekte in der Integrationsarbeit. Fast die Hälfte aller im Landkreis Ludwigslust lebenden Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler haben ihren Wohnsitz in der Stadt Hagenow. Daher ist es wichtig, dass wir auf diese Situation reagieren. Mit Hilfe dieses Projektes kann den Spätaussiedlerinnen Unterstützung bei vielen, im täglichen Leben auftretenden Problemen gegeben werden.

Initiatoren des Projektes „ HAI“ (Hagenower Aussiedler Initiative) sind auch die Mitarbeiter des Aussiedlerübergangwohnheimes in Jessenitz – Werk, welches sich in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Ludwigslust / Hagenow befindet.

Zielgruppe dieses Projektes sind junge Spätaussiedler.

Mit dem Projekt soll unterstützend dahingehend gewirkt werden, dass junge und jugendliche Spätaussiedler in partizipativer Weise und gleichberechtigt im Gemeinwesen mitwirken können und dieses auch als ihre Chance erkennen.

Diese Projekte wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie aus dem Europäischen Fonds gefördert.

Mit eingebunden in diese Projekte ist auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hagenow, Frau Schweda, die die Vernetzung zu Einrichtungen in der Stadt Hagenow koordiniert und unterstützt.

HMS Holzindustrie Hagenow

Aus Anlass der diesjährigen Inbetriebnahme des neuen Hobelwerkes sowie der Fertigstellung von zwei neuen Schnittholzlagerhallen fand heute um 16.00 Uhr eine Einweihungsfeier in der HMS Holzindustrie statt.

Rückblick Weihnachtsmarkt

Vom 02.12 bis zum 04.12. 2005 fand der diesjährige Hagenower Weihnachtsmarkt statt. Ein buntes, abwechslungsreiches Programm lockte auch in diesem Jahr wieder viele Besucher aus Nah und Fern auf den Markt. An allen drei Tagen wurden den Gästen zahlreiche kulturelle Aktivitäten geboten. Auch der Jugendbeirat und die Schulen unserer Stadt präsentierten sich mit eigenen Ständen auf dem Weihnachtsmarkt. Für die geleistete Unterstützung in Vorbereitung und Durchführung des Weihnachtsmarktes möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Helfern, Organisatoren, Sponsoren und Mitwirkenden ganz herzlich bedanken.

Neujahrsempfang 2006

Auch im kommenden Jahr, am 12. Januar, ist ein gemeinsamer Neujahrsempfang der Stadt Hagenow und des Panzergrenadierbataillons 401 geplant.

Buswartehalle Hagenow Heide

Mit heutigem Tage liegt die Genehmigung zur Umverlegung der Buswartehalle in der Ortslage Hagenow Heide vor.

Abschließend möchte ich allen Anwesenden und ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit für das neue Jahr wünschen. Bedanken möchte ich mich bei den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern, den Ortsteilvertreterinnen und Ortsteilvertretern, den sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für ihre aktive und konstruktive Zusammenarbeit. Die zu lösenden Aufgaben werden sicherlich auch im kommenden Jahr nicht einfacher werden und von uns allen wieder ein hohes Maß an Engagement abverlangen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit !

g) Anfragen der Stadtvertreter und Ortsteilvertreter aus aktuellem Anlass

Frau Hase weist darauf hin, dass in der Möllner Straße, Höhe Kita „Matroschka“, zwei Straßenlampen defekt sind.

Der Hinweis wird vom Fachamt entgegen genommen.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

h) Billigung der Sitzungsniederschriften der vorangegangenen Sitzungen der Stadtvertretung

- Niederschrift vom 8. September 2005 / 10. Sitzung

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt weist darauf hin, dass die in der Sitzung vom 27.10.2005 vorgebrachten Einwände geprüft und sich diese im Ergebnis dessen nicht bestätigt haben.

Die Sitzungsniederschrift wird mehrheitlich (24 Jastimmen, keine Neinstimme, eine Stimmenthaltung) gebilligt.

- Niederschrift vom 27. Oktober 2005 / 11. Sitzung

Zur Sitzungsniederschrift gibt es keine Einwände bzw. Änderungen.

Diese wird mehrheitlich (24 Jastimmen, keine Neinstimme, eine Stimmenthaltung) gebilligt.

i) Abwicklung der Tagesordnungspunkte

Zu TOP 1 Herr Schlüter zeigt ein Mitwirkungsverbot gemäß § 24 KV M – V an.

Verlegung des Standortes der Regionalen Schule „ Prof. Dr. Friedrich Heincke“ vom Praher Berg 20 in die Möllner Straße 12

Bürgermeisterin Frau Schwarz teilt zunächst mit, dass den Stadtvertretern heute Informationen über den Einsatz von Fördermitteln, Fragen zum Raumordnungsprogramm und Synergieeffekten sowie der Schulhofproblematik für die Sanierung der Regionalen Schule „ Prof. Dr. Friedrich Heincke“ vorgelegt wurden.

Auf diese Informationen näher eingehend erläutert die Bürgermeisterin die finanziellen Auswirkungen wie folgt:

1. Sanierung am Standort Möllner Straße 12

Gebäude der ehemaligen Realschule III	
Kostenschätzung auf der Grundlage HU – Bau vom 20.07.2004	3.665.000,00 €
Außensportanlage	
Kostenschätzung auf der Grundlage HU – Bau vom 20.07.2004	312.000,00 €
Zwischensumme	3.977.000,00 €
Fördermittel Bildungsministerium / Landkreis	915.000,00 €
Fördermittel Innenministerium – Sonderbedarf	1.500.000,00 €
Zuschuss Landkreis für Außensportanlage	156.000,00 €
Restbetrag für Schulträger:	1.406.000,00 €

Vorschlag zur Finanzierung des Restbetrages:

Eigenanteil Haushaltsplan 2006	500.000,00 €
Kreditaufnahme Kommunaler Aufbaufonds 2007	625.000,00 €
Eigenanteil Haushaltsplan 2007	281.000,00 €

Gesamtsumme: 1.406.000,00 €

2. Sanierung am Standort Prahmer Berg

Kostenschätzung vom 30.07.2000 einschließlich Anpassung an das Preisniveau 2005	5.151.200,00 €
Fördermittel Ganztagschulprogramm über den Landkreis 16,2 % der Kosten	834.494,00 €
Restbetrag für Schulträger:	4.316.706,00 €

Nach Aussage des Bildungs – und Innenministeriums erfolge die Förderung für die Sanierung der Regionalen Schule II „ Prof. Dr. Friedrich Heincke“ nur am Standort Möllner Straße 12. Dabei gehe es darum, ein Schulzentrum mit zwei eigenständigen Schulen, dem Robert – Stock – Gymnasium und der Regionalen Schule II zu schaffen. Bürgermeisterin Frau Schwarz weist mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass die Arbeit der Pädagogen, der Eltern und der Schüler an der Regionalen Schule II als Ganztagschule hervorragend funktioniert.

Die 9. Änderung des Gesetzes zur Schulstruktur sage aus, dass das gemeinsame Lernen bis einschließlich 6. Klasse erfolgt. Dadurch seien zwei Schulstandorte in Hagenow gesichert worden. Sowohl die Schule IV als auch die Regionale Schule II als Ganztagschule bleiben erhalten.

Frau Heincke, Schulverwaltung, stellt anhand von Planzeichnungen ausführlich das Raumprogramm für den Standort Möllner Straße 12 vor.

Herr Petters bezweifelt, zu diesem zentralen Thema heute eine Beschlussfassung vorzunehmen, da den Stadtvertretern zum einen heute erst Informations- / Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt worden ist, zum anderen weder der Hauptausschuss noch die Fachausschüsse daran beteiligt waren.

Für ihn stelle sich die Frage, warum dieses Verfahren gewählt worden ist. Darüber hinaus seien in der letzten Stadtvertreter Sitzung Alternativen angekündigt worden. Nach Expertenmeinung könne ein Schulbau, der den derzeitigen Anforderungen entspricht, auch für 2 Mio. € errichtet werden, so dass man mit einer Alternativvariante sogar noch günstiger liegen würde. Interessieren würde ihn ferner, welche Folgekostenabschätzung es gibt und welche Einschätzung der Kämmerer dazu hat.

Herr Petters macht nochmals deutlich, dass die Beschlussvorlage in der vorliegenden Fassung heute nicht entscheidungsreif ist.

Bürgermeisterin Frau Schwarz weist zunächst darauf hin, dass sich der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport sehr intensiv mit dieser Problematik vor Ort in der Regionalen Schule II befasst hat. Auch sei in der letzten Stadtvertreter Sitzung bereits auf eine mögliche Schulstandortverlegung hingewiesen worden, nachdem zuvor eine Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden stattgefunden habe.

Auch seien heute noch einmal Informationen an die Stadtvertreter in schriftlicher Form sowie Erläuterungen dazu gegeben worden. Einen Schulneubau für 2 Mio. € zu bekommen, sei nicht nachvollziehbar.

Bewirtschaftungskosten können so ohne weiteres nicht beziffert werden. Fest stehe jedoch, dass, wenn zwei Schulen mit Synergieeffekten zusammenarbeiten, die Bewirtschaftung dann wesentlich günstiger ausfallen wird.

Nach Auskunft des Kämmerers habe man im Vermögenshaushaltsentwurf den Eigenanteil von 500 T € eingestellt. Auch die Finanzplanung sei auf diese Schulrekonstruktion ausgerichtet, weil dies gegenwärtig die einzige Möglichkeit sei, diese Maßnahme im genannten Umfang hier durchzuführen. Laut Aussage des Innenministeriums erfolge eine Förderung nur am Standort Möllner Straße. Dies sei gegenwärtig die einzige Alternative. Auf Nachfragen von Herrn Petters, in welcher Höhe unser Haushalt dadurch in den nächsten Jahren belastet wird, teilt der Kämmerer mit, dass den Kommunen auf Antrag zinsgünstige Darlehen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben zur Verfügung gestellt werden, der Zinssatz derzeit bei 3 % liegt, zzgl. 4 % Tilgung, die dem Haushalt der Stadt Hagenow dann zu Buche schlagen.

Nach Meinung von Herrn Antonioli, J. seien bei den Synergieeffekten nicht die baufachmännischen, sondern die betriebswirtschaftlichen Ansichten von Bedeutung. Wenn hier Synergieeffekte genannt werden, wäre es interessant zu wissen, in welcher Höhe diese auftreten. Es könne doch nicht sein, dass wir Entscheidungen fällen, bevor ein Betriebskostenplan erstellt ist. Zu den Folgekosten gebe es keine konkreten Aussagen.

Bürgermeisterin Frau Schwarz macht deutlich, dass sowohl durch die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten / Außenanlagen Synergieeffekte eintreten, als auch im pädagogischen und erzieherischen Bereich.

Ergänzend dazu weist Frau Heincke darauf hin, dass auch bei der Sporthallennutzung (1/3 Gymnasium, 1/3 zukünftige Regionale Schule II, 1/3 Vereinssport) geringere Kosten anfallen werden.

Herr Antonioli, J. stellt zunächst klar, dass bei einer 1/3 – Nutzung der Sporthalle auch nicht mehr Geld rein kommt. Der vorliegende Beschluss sage schon ganz konkret aus, dass der Schulstandort in Zukunft in der Möllner Straße sein wird. Dann wäre es doch nicht zuviel verlangt, eine betriebswirtschaftliche Kostenrechnung vorzulegen.

Bürgermeisterin Frau Schwarz weist nochmals darauf hin, dass eine Kostenrechnung jetzt nicht vorgelegt werden kann.

Herr Antonioli, F. kritisiert die Art und Weise, wie den Stadtvertretern dieses Projekt präsentiert wird. Eine Maßnahme mit erheblichen finanziellen Auswirkungen solle hier im Schnelldurchgang abgewickelt werden, noch dazu mit einem Vertrag, der keineswegs akzeptabel sei. Man wolle hier informiert werden und die Möglichkeit haben, abzuwägen. Wer Gegenargumente bringe, werde angefeindet. So laufe es hier ab. Alles stehe schon fest, die Stadtvertreter sollen nur noch abnicken. „ Wir sind hier kein DDR – Parlament“.

Das es nicht so sei, diese Problematik mehrfach im Vorfeld besprochen wurde, erwidert die Bürgermeisterin und macht deutlich, dass zu diesem Projekt immer wieder Änderungen vorgenommen worden sind und man hier auch unter einem gewissen Zeitdruck stand.

Herr Antonioli, F. erklärt, aufgrund der dürftigen Informationen nicht in der Lage zu sein, heute Abend eine Entscheidung zu treffen.

Für Frau Schulz sei Zeitdruck nicht immer der beste Ratgeber, gerade wenn es darum geht, Lehrer, Eltern, Stadtvertreter und Schüler mit in diese Entscheidungsfindung hineinzunehmen.

Sie bedauere sehr, die Unterlagen erst heute auf den Tisch bekommen zu haben. Der Fachausschuss habe sich nicht mehr mit den inhaltlichen Fragen auseinander setzen können. Der sachliche Hintergrund müsse geprüft werden.

Die Anfrage von Frau Schulz, ob die Fragen des Elternvertreters der Regionalen Schule II beantwortet worden sind, wird seitens der Verwaltung bejaht.

Frau Měšťan spricht sich dafür aus, sachlich und mit kühlem Kopf zu überlegen, dass wir zu einer Entscheidung kommen, die in erster Linie für die Kinder dieser Stadt und der Region von Bedeutung ist, die eine Stadtschule und eine kreisliche Schule betrifft.

Man könne zwar viele Forderungen aufmachen, doch die finanziellen Mittel für Schulsanierungen seien nicht unendlich und stünden nur für wenige Schulen zur Verfügung. Der Landkreis habe in diesem Zusammenhang der Stadt ein Angebot unterbreitet. Seit der Beratung im September dieses Jahres habe man in jeder Hauptausschusssitzung Informationen zu dieser Thematik erhalten. Inzwischen habe man einen Stand erreicht, dass wir die Schule II an dem jetzigen Standort nicht mehr selbst sanieren können, weil uns Fördermittel fehlen. Mit Beschlussfassung bestünde die Möglichkeit, zwei Schulen an unserem Standort zu sichern und eine Perspektive für Kinder und Jugendliche in dieser Stadt zu schaffen. Man komme um diese Entscheidung nicht herum.

Herr Meyer richtet zunächst lobende Worte an die Schulverwaltung, insbesondere an Frau Heincke, für das heute vorgelegte Konzept, was jetzt überzeugend und ermutigend ist. Heute gehe es darum abzuwägen, welche die beste Variante ist. Die vorliegenden Zahlen scheinen auf Anhieb überzeugend zu sein, sagen aber nichts über den tatsächlichen Verwendungszweck der finanziellen Mittel aus. Das Hauptargument seien die Fördermittel. Bekäme man für die Variante 2 am Prahmer Berg die gleichen Förderzusagen wie für den Standort Möllner Straße, könne viel emotionsloser über die zwei Varianten gesprochen werden. Die vorliegende Beschlussvorlage reiche so nicht aus. Es sei hier nicht begründet, warum eine Förderung nur am Standort Möllner Straße erfolgt. Auch werde sich dann zeigen, ob es Synergieeffekte geben wird, da man diese nicht vereinbaren könne. Hier könne man lediglich vereinbaren, dass man darum ringen werde. Voraussetzung dafür sei die Bereitschaft aller Beteiligten. Sinnvoll wäre es, noch mal eine Beratung in den Fachausschüssen durchzuführen und dann abzuwägen, welche dieser Varianten die beste ist.

Nach den Worten von Herrn Dr. Buchholz müsse man hier zwischen Irrealität und Machbarem entscheiden. Sorge bereite ihm, diese Entscheidung wieder auf die lange Bank zu schieben. Das Projekt, Sanierung der Regionalen Schule II am Prahmer Berg, wofür seinerzeit schon Fördermittel in Aussicht gestellt waren, sei mit Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes dann auch wieder abgesetzt worden. Man sei hier schon gefordert, eine Entscheidung zu treffen. Informationsmaterial stehe ausreichend zur Verfügung.

Herr Reuter fragt an, warum dem zuständigen Fachausschuss – dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr – diese Planung nicht vorgelegt wurde.

Bürgermeisterin Frau Schwarz weist darauf hin, dass die Planungen über den Landkreis liefen und diese mehrfach geändert worden sind. Es hätten dann laufend neue Raumplanungen vorgelegt werden müssen. Die Gespräche seien immer unter dem Vorbehalt, den Standort zu verlegen, geführt worden.

Herr Opitz, Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport informiert, dass in der Ausschusssitzung, die in der Regionale Schule II statt fand, die Standpunkte im wesentlichen besprochen und ausgetauscht wurden, es zwar keinen Konsens in allen Punkten gab, die Argumente jedoch so stichhaltig waren, dass man durchaus zu einer Entscheidung kommen

könne. Unbegreiflich sei, dass das Ministerium keine Vorortbesichtigung des betroffenen Objektes vorgenommen hat. Eine Entscheidung unter Zeitdruck zu fällen, sei nicht gut. Die Beteiligung des Landkreises Ludwigslust (lt. Entwurf des öffentlich – rechtlichen Vertrages) an den finanziellen Aufwendungen zur Errichtung der Freisportanlage im Umfang von 50 % der erforderlichen Kosten, höchstens jedoch mit einem Beitrag in Höhe von 312.000,00 €, stehe im Widerspruch mit dem vorliegenden Zahlenmaterial, wonach sich die Kostenschätzung insgesamt auf 312.000,00 € belaufe. Dann müsse sich der Anteil der Kommune auch noch mal erhöhen. Die Kostenschätzung für die Sanierung am Standort Prahmer Berg mit ca. 5,1 Mio. € sei viel zu hoch angesetzt worden. Eine vernünftige Schule hätte man an diesem Standort auch für 4 Mio. € bauen können.

Nach Auskunft der Bürgermeisterin trage die Stadt 50 % der Investition für die Freisportanlage.

Auf Anfragen von Herrn Wrangmore, ob die Fördermittel jetzt definitiv sicher sind, teilt die Bürgermeisterin mit, dass wir eine absolute Sicherheit erst mit Eingang des Fördermittelbescheides haben.

Gerichtet an den Bauamtsleiter fragt Herr Petters an, ob die Kostenschätzung von 5,1 Mio. € nach heutigem Standard noch zu halten ist oder es auch eine Möglichkeit gibt, eine Schule mit einem geringeren Kostenaufwand zu bauen. Ferner bittet Herr Petters um Erläuterung des § 2 des öffentlich – rechtlichen Vertrages.

Bauamtsleiter Herr Näth weist zunächst darauf hin, dass er im nächsten Jahr in Rente geht und das Vorhaben Schule vom Mitarbeiter Herrn Schulze betreut wird, er dazu leider nichts sagen könne. Nur soviel, dass seinerzeit die Anzahl der Schüler zu hoch angesetzt war, bei einem Rückgang der Schülerzahlen dann auch die Gesamtkosten weniger werden. Bei den jetzigen Baupreisen könne man davon ausgehen, dass ein Vorhaben 20 bis 25 % nach unten geht. Die Kostenschätzung von 5,1 Mio. € werde sich auch nach unten korrigieren.

Eine Nachfrage von Herrn Petters wird vom Stadtvertretervorsteher nicht zugelassen, da sich Herr Petters bereits zweimal zur Sache geäußert hat.

Frau Schulz fragt an, inwieweit gesichert werden kann – wenn der Beschluss heute gefasst wird – dass die Lehrer / Schüler in die Gestaltung der Schule vermehrt einbezogen werden. Frau Schulz regt an, dass sich z.B. der Ausschuss speziell auch dieser Frage widmet, die Planungsunterlagen regelmäßig bekommt, dass man in bestimmten Zeitabständen Termine vor Ort festlegt, um zu sehen, ob die Schüler dort auch entsprechende Gestaltungsräume haben.

Bürgermeisterin Frau Schwarz sichert zu, Lehrer sowie Eltern- und Schülervorteiler dann in die Gestaltung der Schule auch mit einzubeziehen.

Herr Dr. Buchholz gibt zu verstehen, dass für ihn auch die Meinung der Schulleiterin der Regionalen Schule II wichtig sei. Wenn die Konzepte mit übergebracht werden können, dann helfe dies schon bei seiner Entscheidung.

Herr Speßhardt geht davon aus, dass die Grundkonzepte, die am neuen Standort umgesetzt werden sollen, Voraussetzung seien.

Herr Kluth erkundigt sich nach dem Nachnutzungskonzept für den Prahmer Berg und fragt zudem an, warum die Förderung für die Sanierung der Schule nur am Standort Möllner Straße erfolgt und nicht für den Standort Prahmer Berg.

Nach Auskunft der Bürgermeisterin Frau Schwarz werde man – wenn der Beschluss heute so gefasst wird – in den Gremien über die weitere Nutzung dieses Bereiches zu entscheiden haben. Vorstellen könne man sich hier evt. einen Wohnbereich und eine Nutzung der Sporthalle auch durch die Vereine und Verbände. Für einen möglichen Rückbau würde es evt. auch finanzielle Mittel geben, so die Signale seitens des Sanierungsträgers. Das eine Förderung nur am Standort in der Möllner Straße erfolgt, liege darin begründet, dass hier die wirtschaftlichste und günstigste Variante in Anwendung gebracht werden soll, da es um Wirtschaftlichkeit und Effektivität gehe.

Antrag zur Geschäftsordnung

Herr Meyer stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt auszusetzen und darüber in einer Sondersitzung im Januar 2006 zu beraten und zu entscheiden, um sich mit dieser Thematik ausreichend befassen zu können.

Herr Helms bittet vor Abstimmung des Antrages um eine Auszeit.
Dem wird zugestimmt. Die Sitzung wird für 3 Minuten unterbrochen.

Die Sitzung wird um 20.00 Uhr fortgesetzt.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag, den Tagesordnungspunkt 1 in einer Sondersitzung im Januar 2006 zu behandeln.

Ergebnis der Abstimmung: 9 Jastimmen, 15 Neinstimmen, keine Stimmenthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt verliest den vorliegenden Beschlussvorschlag und stellt diesen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtvertretung stimmt der Verlegung des Standortes der Regionalen Schule „ Prof. Dr. Friedrich Heincke“ vom Prahmer Berg 20 in die Möllner Straße 12 zu.
2. Dem in der Anlage befindlichen öffentlich – rechtlichen Vertrag über die gemeinsame Errichtung eines Schulzentrums mit zwei eigenständigen Schulen am Standort Möllner Straße 12 mit dem Landkreis Ludwigslust wird zugestimmt.

Ergebnis der Abstimmung: 14 Jastimmen, 7 Neinstimmen, 3 Stimmenthaltungen

Beschluss – Nr.: 2005/ 0141

Zu TOP 2

=====

Bestätigung der Haushaltsrechnung 2004

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt den Soll – Abschluss der Jahresrechnung 2004 in Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt mit jeweils 13.656.063,83 € und im Vermögenshaushalt mit jeweils 5.558.137,27 €. Der nachgewiesene Kassenistbestand per 31.12.2004 beträgt 3.232.880,93 €.

Ergebnis der Abstimmung: 25 Jastimmen, keine Neinstimme, keine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2005/ 0127

Zu TOP 3**Entlastung der Bürgermeisterin nach § 61 der Kommunalverfassung M – V (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.06.2004 (GVOBl. M – V S. 205 ff)**

Frau Hase, Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, gibt zunächst einen Überblick über die Arbeit des Ausschusses und geht in ihren Ausführungen auf folgende Schwerpunkte näher ein: Prüfungsgegenstand Jahresrechnung 2004

Durchgeführte Schwerpunktprüfungen 2004:

- Stadtbauhof, Altstadtfest, Investitionen in den Schulen der Stadt Hagenow, Jahresabschluss 2004, Kassenprüfung Stadtkasse, Kassenreste und Vollstreckungen, Sach- und Personenschäden, Wirtschaftlichkeit der Bibliothek, Stadtwaldbewirtschaftung, Prüfung der Essengeldkassierung in den Kindertageseinrichtungen
- Aufgaben des Stadtbauhofes
Mit den vorhandenen Stellen wird es schwierig, alle Aufgaben im bisherigen Umfang zu erledigen.
Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses:
Es sollte ein Wettbewerb zur Motivation der Bürger in der Stadt und den Ortsteilen ausgerufen, die Kooperation mit dem Amt Hagenow – Land überdacht und vorangetrieben werden.
- Altstadtfest
Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses:
Die Haushaltsstelle Altstadtfest sollte in der Gesamtheit geplant werden, um bei der Prüfung Soll und Ist besser prüfen zu können.
- Gesamtinvestition in den Schulen der Stadt Hagenow 2004: 76.963,00 €
Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses:
Die Stadtvertretung und die Verwaltung sollten sich für den Erhalt der Schulen einsetzen.

Mit dem Jahresabschluss 2004 kann eine positive Bilanz gezogen werden.

Rücklage: 1,8 Mio. €

- Prüfung Handkassen
Empfehlung: Das zur Verfügung stehende Bargeld sollte noch mal überprüft werden, ob das Anlegen in Tagesgeld für eine Summe x noch möglich ist.
- Prüfung Kassenreste / Vollstreckungen
Schwerpunkt 2005: Kassenreste so gering wie möglich zu halten.
- Prüfung Bibliothek und Waldbewirtschaftung

Die Öffnungszeiten in der Bibliothek wurden aufgrund von Personaleinschränkungen reduziert. Neu eingeführt wurde eine Fernleihe. Aufgrund der demografischen Situation wird es hier zukünftig Veränderungen hinsichtlich der Nutzung geben.

Die Bewirtschaftung des Waldes wird mit dem Forstamt Radelübbe geplant. Die Waldbestände liegen zwischen 40 – 80 Jahre. Die Preisgestaltung des Holzverkaufes wird in Zusammenarbeit mit den Forstämtern durchgeführt.

Erlös aus Holzverkauf: 50 T€

Empfehlung an den Ausschuss für Umwelt und Energie: Erstellung eines Nutzungskonzeptes für die Bekow.

Im Namen der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses bedankt sich Frau Hase bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit.

Ausblick für 2005:

Prüfung Kreisfeuerwehrzentrale und Stadtfeuerwehr Hagenow, Bewirtschaftung der Kindertageseinrichtungen, Prüfung Allgemeine Verwaltung.

Die vorbehaltlose Entlastung der Bürgermeisterin nach § 61 der Kommunalverfassung M – V von der Haushaltsrechnung 2004 wird vom Rechnungsprüfungsausschuss der Stadtvertretung empfohlen.

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt dankt Frau Hase für ihre Ausführungen.

Herr Petters erklärt, dass seine Enthaltung zur Entlastung der Bürgermeisterin in der unterschiedlichen Auffassung zu einigen Themen begründet liegt, so zum Beispiel den Stadtbauhof betreffend. Hier erwarte er von der Bürgermeisterin einen Entwurf eines Konzeptes für die Zukunft des Stadtbauhofes. Insgesamt richte sich seine Kritik gegen die Informationspolitik der Bürgermeisterin.

Als CDU – Fraktion sei man auch nicht dafür, dass wir unsere Stadtaktivitäten bei den Stadtfesten zurückführen. Trotz der Haushaltssituation sollte überlegt werden, wie wir alternativ diese Feste gestalten können. Dazu seien Vorschläge seitens der Stadtverwaltung vorzulegen.

Auch sei die Stadtbibliothek mit Maßnahmen zu unterstützen, da sich hier ein unterschiedlicher Nutzerbereich abzeichnen wird.

Es müsse auch darüber gesprochen werden, wie wir den Wald nutzen wollen. Die Entscheidung, mehr Holz zu verkaufen oder es länger wachsen zu lassen, müsse bei der Stadtvertretung liegen.

Herr Petters verleiht der Hoffnung Ausdruck, in Zukunft schon vorausschauend informiert und gefragt zu werden, wie es in unserer Stadt weitergehen soll.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt die vorbehaltlose Entlastung der Bürgermeisterin von der Haushaltsrechnung 2004.

Ergebnis der Abstimmung: 22 Jastimmen, keine Neinstimme, 3 Stimmenthaltungen

Beschluss – Nr.: 2005/ 0128

Zu TOP 4

Ablehnungsbeschluss zum Braunkohleabbau im Aufsuchungsfeld Lübtheen

Bürgermeisterin Frau Schwarz geht eingangs noch mal kurz auf die Beweggründe ein, die dazu führten, den Ablehnungsbeschluss vorzulegen und regt an, diesen heute, trotz Nichtverlängerung der Erkundungserlaubnis, zu fassen.

Auf Anfragen von Herrn Meyer, ob sich aus diesem Beschlussvorschlag Aktivitäten seitens der Stadt ergeben, teilt die Bürgermeisterin mit, dass man aufmerksam das Geschehen in Lübtheen verfolgen und bei weiterem Handlungsbedarf dann entsprechend reagieren werde.

Herr Petters weist darauf hin, dass die Mibrag noch die Möglichkeit hat, gegen diese Entscheidung Rechtsmittel einzulegen. Daher begrüße er sehr, diesen Beschluss heute zu fassen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung der Stadt Hagenow spricht sich gegen den Abbau von Braunkohle im Aufsuchungsfeld Lübtheen aus.

Ergebnis der Abstimmung: 24 Jastimmen, keine Neinstimme, eine Stimmenthaltung

Beschluss- Nr.: 2005/ 0133

Zu TOP 5

Änderung der Öffnungszeiten der Stadtverwaltung Hagenow

Herr Kluth stellt im Namen der CDU – Fraktion den Antrag, den vorliegenden Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

Für das Einwohnermeldeamt werden die Öffnungszeiten am Dienstag auf 9.00 – 12.00 Uhr und 14.00 – 19.00 Uhr geändert.

Zusätzlich zu den neuen Öffnungszeiten sollen die Bürgerinnen und Bürger auf die Möglichkeit der individuellen Terminvereinbarung hingewiesen werden.

Begründung:

Die Statistik habe gezeigt, dass 4 – 5 Bürger das Einwohnermeldeamt in der bisherigen Zeit genutzt haben. Von einer geringen Resonanz könne man daher nicht sprechen.

Erfahrungen in anderen Städten haben gezeigt, dass es eines langen Zeitraumes bedarf, bis die neuen Öffnungszeiten angenommen werden. Man gehe daher davon aus, dass die Zahl der Nutzer noch steigen wird. Zusätzliche Personalkosten sollten aufgrund der Gleitzeit nicht anfallen. Die Heiz – und Stromkosten für den Bereich Einwohnermeldeamt seien zu gering, um sie gegen den zusätzlichen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger aufzuwiegen.

Der Antrag der CDU – Fraktion wird angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt, die Öffnungszeiten der Stadtverwaltung am Dienstag auf 9.00 – 12.00 Uhr und 14.00 – 18.00 Uhr zu verändern.

Für das Einwohnermeldeamt werden die Öffnungszeiten am Dienstag auf 9.00 – 12.00 Uhr und 14.00 – 19.00 Uhr geändert.

Zusätzlich zu den neuen Öffnungszeiten sollen die Bürgerinnen und Bürger auf die Möglichkeit der individuellen Terminvereinbarung hingewiesen werden.

Ergebnis der Abstimmung: 19 Jastimmen, 2 Neinstimmen, 4 Stimmenthaltungen

Beschluss- Nr.: 2005/ 0134

Zu TOP 6

Antrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter, FDP: Personalstruktur der Stadtverwaltung Hagenow

Herr Dr. Buchholz bringt deutlich zum Ausdruck, den vorliegenden Beschlussvorschlag nicht befürworten zu können, da konkrete Vorschläge, wie die Personaldecke aussehen soll, hier fehlen.

Auch Frau Měšť'an erklärt, dem Beschlussvorschlag so nicht zustimmen zu können. Sie stelle sich ganz deutlich zunächst einmal vor die Mitarbeiter, die in der Verwaltung arbeiten. Bei einer derartigen Herangehensweise, der Aufstellung einer Personalkostenkonzeption, mache man die gleichen Fehler, die wir der Regierung bei der Verwaltungsmodernisierung vorwerfen, dass sie ohne Aufgabenanalyse, ohne Aufgabenkritik Entscheidungen treffen, wie Kosten auszusehen haben.

Zunächst müsse eine Stellenstrukturanalyse erfolgen und auf dieser Grundlage ein Personalkonzept erstellt werden. Daher sei ein kurzfristiger Termin von 4 Wochen nicht akzeptabel. Ein Vierteljahr wäre hier als Minimum anzusetzen. Hier sollte die Qualität zählen und nicht zuerst die Quantität.

Über den letzten Passus im Beschlussvorschlag, der Kontaktaufnahme mit dem Amt Hagenow – Land, könne so auch nicht abgestimmt werden. Zahlreiche Gespräche seien mit dem Amt Hagenow – Land bereits geführt worden. Es sei nicht so, dass es hier keinen Willen seitens der Stadt Hagenow gibt. Hier sollte der Kontakt auch über die Fraktionen intensiviert werden.

Antrag zur Geschäftsordnung

Herr Meyer stellt den Antrag, über den vorliegenden Beschlussvorschlag jetzt abzustimmen.

Dem Antrag wird mehrheitlich entsprochen.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, mit dem kommunalen Arbeitgeberverband und dem Personalrat Möglichkeiten zu erarbeiten, die zu einer Reduzierung der Personalkosten im Verwaltungshaushalt führen. Die Verwaltung mit ihren Einrichtungen, hat aus unserer Sicht sich in der Vergangenheit stets bemüht, hohe qualitative Leistungen für unsere Bürger zu erbringen. Wir sehen unsere Verantwortung auch darin, dass hinter jedem Arbeitsplatz ein Mensch mit seiner Familie steht und wir keine Existenz gefährden wollen. Es ist aus unserer Sicht daher sehr wichtig, dass wir rechtzeitig eine Personalkostenkonzeption aufstellen, um langfristig keine betriebsbedingten Kündigungen aussprechen zu müssen. Betriebsbedingte Kündigungen sollten bei der Personalkostenkonzeption ausgeschlossen werden. Langfristig sollte bei der Personalkostenkonzeption die Altersstruktur mit beachtet werden.

Ein entsprechendes Konzept, gegliedert nach Haushaltsstellen und Eigenbetrieben, ist den Stadtvertretern bis zum 31. Januar 2006 vorzulegen.

Die Bürgermeisterin möge mit dem Amt Hagenow Land Kontakt aufnehmen und mögliche Maßnahmen vorschlagen, wo die Stadt und das Amt Hagenow Land gemeinsam Personalkosten einsparen kann.

Ergebnis der Abstimmung: 9 Jastimmen, 14 Neinstimmen, 2 Stimmenthaltungen

Beschluss – Nr.: 2005/ 0136

Zu TOP 7

Antrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter, FDP: Überarbeitung Gebührenordnungen der Stadt Hagenow

Herr Dr. Buchholz weist darauf hin, dass dieser Vorschlag bereits in der Klausurtagung zum Haushalt 2006 gemeinsam besprochen und aufgenommen wurde. Daher frage er sich, warum dazu jetzt noch einmal ein Antrag vorliegt.

Herr Kluth betont, dass bisher in dieser Richtung noch nichts passiert sei und man nun endlich damit anfangen wolle.

Nach den Worten von Herrn Opitz habe man für alle Bereiche eine Gebührenordnung / Satzung vorliegen. Wichtig sei es, diese ständig zu aktualisieren und fortzuschreiben. Man brauche jedoch keine neuen Gebührenordnungen, wo es um Erhöhungen geht. Trotz angespannter Haushaltslage sei es nicht sinnvoll, hier Gebühren zu erhöhen, wenn auch unter dem Aspekt der „sozialen Verträglichkeit“. Persönlich spreche er sich gegen eine Gebührenerhöhung in allen hier genannten Bereichen aus.

Herr Antonioli, J. bringt ebenfalls zum Ausdruck, dass mit diesem Antrag die Überarbeitung der Gebührenordnungen auf den Weg gebracht und den Ausschüssen vorgelegt werden soll. Es solle hier keine Entscheidung getroffen werden, Gebühren zu erhöhen. Man müsse aber auch bedenken, dass staatliche Leistungen nicht ohne Ende zur Verfügung gestellt werden.

Frau Hase sieht diesen Antrag, da eine entsprechende Festlegung dazu bereits in der Haushaltsklausur getroffen wurde, als doppelgleisigen Auftrag an die Verwaltung.

Frau Měšt'an unterstreicht sehr deutlich, dass sich ihre Fraktion mehrheitlich mit der Meinung von Herrn Opitz identifiziert. Sie schlägt vor, weniger die Verwaltung zu beauftragen, sondern, wenn Änderungen an Gebührenordnungen / Satzungen vorgenommen werden sollen, diese dann auch gleich entsprechend einzubringen.

Warum wir damit unseren Haushalt sanieren wollen, könne sie nicht nachvollziehen. Damit werde der Haushalt nicht saniert.

Auf die Gebührenordnung der Bibliothek eingehend, spricht Herr Dr. Buchholz sich eindeutig dafür aus, dass Nutzer, denen es finanziell möglich ist, einen Beitrag dann auch entrichten sollen. Dazu stehe er und begrüße insofern diesen Antrag.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebührenordnung für die Stadtbibliothek, für das Museum und die Badeanstalt zu überarbeiten und den Fachausschüssen – Schule, Kultur und Sport sowie Jugend, Senioren, Soziales der Stadtvertretung zeitnah zur Beratung vorzulegen. Nach Beratung durch die Fachausschüsse sollten die entsprechenden Beschlussvorlagen zur nächstmöglichen Stadtvertretersitzung vorliegen.

Gepprüft werden sollen die Möglichkeiten der sozialverträglichen Gebührenerhöhung (z.B. Familienkarte). Die Mitarbeiter der entsprechenden Einrichtungen sind an den Beratungen zu beteiligen.

Ergebnis der Abstimmung: 14 Jastimmen, 9 Neinstimmen, 2 Stimmenthaltungen

Beschluss – Nr.: 2005/ 0137

Zu TOP 8

=====

**Antrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter, FDP:
Konzeptionelle Nutzung des Museums der Stadt Hagenow**

Herr Opitz unterstreicht die sehr gute, vielseitige und wertvolle Arbeit im Museum und erklärt sich nicht damit einverstanden, ein Konzept – zumal ein solches vorliegt - vor dem Hintergrund der Erhöhung der Besucherzahlen und der Erhöhung der Einnahmen zu erstellen. Wünschenswert sei natürlich eine noch höhere Besucherzahl, auch seitens der Stadtvertreter.

Für Frau Dr. Weber gehe hier nicht eindeutig hervor, ob es um Gebührenerhöhung oder um Inhalte geht. Auch sei aus ihrer Sicht eher der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport der dafür zuständige Fachausschuss, weniger der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Handwerk, Gewerbe und Tourismus.

Nach Auffassung von Herrn Petters sollten wir die Chance nutzen und auch mal wieder im Ausschuss dieses Thema – Weiterentwicklung des Museums – aufgreifen. Es gehe nicht darum, am Museum zu sparen, sondern um die Weiterentwicklung dieser kulturellen Einrichtung. Daher sollte man doch jederzeit in der Lage sein, sich Gedanken über die Zukunft zu machen, gesprächsbereit zu sein. Dies solle mit diesem Antrag bezweckt werden.

Frau Měšť'an betont, die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Museum nicht hoch genug würdigen zu können. Zunächst sollte eine Aufgabenanalyse erstellt und danach ein Konzept erarbeitet werden. Zur nächsten Stadtvertretersitzung werde sie beantragen, dem Direktor des Museums die Gelegenheit einzuräumen, die Ergebnisse aus dem Jahre 2005 vorzulegen, um daraus dann die Schlussfolgerungen ableiten zu können.

Insgesamt müsse man über Entwicklungskonzeptionen, z.B. für die Gestaltung der Gedenkstätten, der Synagoge nachdenken.

Herr Opitz macht deutlich, dass, wenn es um die Weiterentwicklung des Museums geht, ein Konsens besteht. Konzeptionell sei man hier schon auf dem richtigen Weg. Gebührenerhöhung sei hier eindeutig der falsche Ansatz.

Frau Schulz unterstreicht die sehr gute Arbeit im Museum, die weit über die Grenzen der Stadt Hagenow hinaus geht. Auch werde der Fachausschuss immer über die Aktivitäten im Museum entsprechend informiert.

In der Begründung gehe es hier eindeutig um Einsparungen. Sie könne sich nicht vorstellen, mit Einsparungen eine Weiterentwicklung dieser Arbeit voranzutreiben. Die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Museum könne nicht hoch genug anerkannt werden. Dieser Ansatz der Einsparung stehe hier nicht zur Diskussion.

Dem widersprechend führt Herr Petters an, dass es nicht richtig sei, Einnahmen mit Einsparungen zu vergleichen. Er schätze auch sehr die Arbeit im Museum.

An Frau Měšťan richtet er die Bitte – Bezug nehmend auf ihren Hinweis, Konzepte als Stadtvertretung vorzulegen, doch einen Antrag zu stellen, die Stadtverwaltung abzuschaffen und die Kommunalverfassung außer Kraft zu setzen, denn danach bereite die Stadtverwaltung die Beschlüsse der Stadtvertretung vor.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, zusammen mit dem Leiter des städtischen Museums dem Ausschuss (Wirtschaft, Tourismus) ein wirtschaftliches Konzept vorzulegen, wie die Einnahmen, der Bekanntheitsgrad und die Besucherzahlen verbessert werden können.

Ergebnis der Abstimmung: 9 Jastimmen, 16 Neinstimmen, keine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2005/ 0138

Zu TOP 9

=====

**Antrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter, FDP:
Stadtbibliothek Hagenow**

Frau Hase betont, dass der Mietpreis sehr günstig, auch die zentrale Lage und die räumliche Gestaltung der Bibliothek sehr gut seien und fragt sich, wo wir so günstige Bedingungen, ohne Investitionen, vorfinden.

Die Worte von Frau Hase unterstützend, erklärt Frau Kryzak, diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen zu können.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgermeisterin wird mit der Überprüfung alternativer Nutzungsmöglichkeit eigener Immobilien für die Stadtbibliothek beauftragt. Entsprechende Vorschläge sind den Stadtvertretern bis zum 31. Januar 2006 vorzulegen. Alternativ soll mit dem Vermieter (Hagenower Wohnungsbau GmbH) kurzfristig eine angemessene Minderung der Miete vereinbart werden.

Ergebnis der Abstimmung: 11 Jastimmen, 13 Neinstimmen, eine Stimmenthaltung

Beschluss - Nr.: 2005/ 0139

Zu TOP 10

=====

**Antrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter, FDP:
Gebührenordnung für die Sportstätten der Stadt Hagenow**

Nach den Worten von Herrn Dr. Buchholz gehe es darum, dass die Stadt den Vereinen ein Gebäude bzw. einen Rasenplatz zur Verfügung stellt.

Sinnvoll wäre es, den Vereinen die Erhöhung bzw. Nichterhöhung (nach sozialen Aspekten) der Mitgliedsbeiträge zu überlassen. Letztendlich könne die Stadt nicht immer alles zum Nulltarif anbieten. Der vorliegende Beschlussvorschlag finde seine Unterstützung.

Herr Opitz bringt unmissverständlich zum Ausdruck, dass wir mit diesem Signal ein Signal gegen das Ehrenamt setzen. Viele Übungsleiter seien ehrenamtlich tätig. Wenn sie sich aber selbst einmal sportlich betätigen wollen, sollen sie Beiträge bezahlen !

Auch die Kinder wären durch einen erhöhten Beitrag dann betroffen.

Es sei eine Investition in die Köpfe junger Menschen, wenn wir das Ehrenamt und den Sport unterstützen. Dafür stehe er ein.

Den Ausführungen von Herrn Dr. Buchholz beipflichtend, gibt Herr Antonioli, J. auch die anfallenden Lohnkosten zu bedenken. Für einen Erwachsenen sei es nicht zu viel verlangt, einen symbolischen Beitrag für die Nutzung einer Sportstätte zu entrichten.

Nach Meinung von Herrn Meyer könne es nicht darum gehen, eine kostendeckende Gebührenordnung zu erstellen. Dies sei auf keinen Fall machbar. Es müsse aber deutlich werden, dass hier Kosten anfallen. Als Sportler sei man auch bereit dies zu tragen.

Herr Dr. Buchholz erklärt zunächst, nichts gegen das Ehrenamt zu haben.

Ihm gehe es einzig und allein darum, dass Erwachsene, die einen Beitrag leisten können, diesen dann auch entrichten sollen.

Aus der Sicht von Herrn Antonioli, F. werde man – aufgrund der finanziellen Situation – spätestens im nächsten Jahr nicht mehr umhinkommen, Beiträge zu verlangen.

Herr Schlüter macht deutlich, dass es hier neben dem Erzielen von Einnahmen auch darum geht, die freiwilligen Ausgaben auf den Prüfstein zu legen, unter dem sozial-verträglichen Aspekt. Es müsse versucht werden, dem Bürger die Haushaltslage klar zu machen.

Von jedem Bürger müsse das, was er nutzt bzw. in Anspruch nimmt, auch angemessen und sozial - verträglich bezahlt werden.

Herr Wrangmore gibt unmissverständlich zu verstehen, hier am falschen Ende zu sparen, an der Gesundheit.

Antrag zur Geschäftsordnung

Herr Schlüter stellt den Antrag, über den Beschlussvorschlag jetzt abzustimmen.

Dem Antrag wird mehrheitlich entsprochen.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, eine Gebührenordnung für die Sportstätten der Stadt Hagenow und seinen Ortsteilen zu erarbeiten. Die entsprechenden Fachausschüsse sowie die Sportvereine sind an deren Gestaltung zu beteiligen. Ein Satzungsentwurf ist dem Ausschuss für Schule, Kultur und Sport bis zum 31.01.2006 vorzulegen. Hierbei sollen die Sportstättennutzungen für unsere Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren weiterhin kostenlos sein.

Ergebnis der Abstimmung: 16 Jastimmen, 7 Neinstimmen, 2 Stimmenthaltungen

Beschluss – Nr.: 2005/ 0140

- -

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt schließt um 21.20 Uhr den öffentlichen Teil
und bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Interesse.

Die Besucher verlassen den Sitzungssaal.

Speßhardt

Wiepcke

Stadtvertretervorsteher

Protokollführer